

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2224

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2224



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



EU-Rahmenvertrag:

Die Übeltäter sitzen in Bern

Von Hans Geiger, em. Professor für Bankwesen, Weiningen ZH

Ich bin gegen den Rahmenvertrag. Deshalb habe ich etwas gegen Brüssel. Denn die Brüsseler Bürokraten haben unseren armen Diplomaten in harten Verhandlungen zum «Rahmenvertrag» eine absolut unakzeptable Dreifachmixture auf's Auge gedrückt:

Erstens die Pflicht zur dynamischen Übernahme von EU-Recht, Zweitens eine erweiterte Guillotine-Klausel, und vor allem drittens die zwingende Unterstellung unter den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Wenn das Gericht der Gegenseite am Schluss darüber entscheiden kann, was in Zukunft gilt, muss ich keinen Vertrag mehr machen. Dem sagt man Unterwerfung.

Täuschungsmanöver

Seit kurzem habe ich mehr gegen Bern als gegen Brüssel. Die Übeltäter sitzen nämlich dort. Im Tages-Anzeiger vom 10. September schreibt Rudolf Strahm, der ehemalige SP-Nationalrat, zum Thema «Warum alle zu Europa schweigen»:

«Staatssekretär Yves Rossier schlug 2013 vor, den Europäischen Gerichtshof (EuGH) als Schiedsinstanz einzusetzen. Die EU hatte zuvor auch den Efta-Gerichtshof als Variante ins Spiel gebracht. Doch Rossiers versteckte Agenda war auf den EU-Beitritt fixiert. Während der heissen Phase wurde auch nie über Kreuzkonzessionen – also über Gegenforderungen der Schweiz – verhandelt.»

Dieses Täuschmanöver hat Rossier nicht ohne Zustimmung seines europhilen Vorgesetzten Didier Burkhalter inszeniert. Und der hat bestimmt das Einverständnis von mindestens drei Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat – Doris Leuthard, Eveline Widmer-Schlumpf, Simonetta Sommaruga, Johann Schneider-Ammann, Alain Berset, Ueli Maurer – eingeholt.

Die zwei SP-Mitglieder des Bundesrates will ich von der Kritik ausnehmen. Die SP ist transparent. Sie befürwortet den EU-Beitritt. Gemäss Parteiprogramm von 2010/12 «mündet der bilaterale Weg in der Sackgasse». Die Partei schrieb bereits 2010: «Die SP steht für die rasche Einleitung von Beitrittsverhandlungen mit

der EU ein.» Ich finde diese Politik zwar grundfalsch, aber die Partei ist transparent und damit politisch korrekt.

Weder transparent noch politisch korrekt waren dagegen der Bundesrat und sein Beamtenheer zu Bern. Sie haben so getan, wie wenn sie die «Bilateralen retten» wollten, dabei wollten sie den Weg in die EU vorbereiten. Und wollen das wohl noch immer.

Der Übeltäter sitzt auch in Zürich

Ein mächtiger Mitspieler zum Durchdrücken des Rahmenvertrags sitzt in Zürich an der Hegibachstrasse 47. Economiesuisse, der selbsternannte Dachverband der Schweizer Wirtschaft, vertritt «rund 100'000 Unternehmen aus allen Branchen und Regionen der Schweiz, die etwa zwei Millionen Menschen Arbeit bieten». Die Interessen der Schweiz vertritt er nicht, höchstens die Interessen grosser, multinationaler Konzerne.

Economiesuisse befürwortet das ausgehandelte Rahmenabkommen. Es sei ein gutes Abkommen, es «erhöhe die Rechtssicherheit für hiesige Unternehmen», «es verbessere die Position der Schweiz im Falle von Streitigkeiten oder rechtlichen Auseinandersetzungen mit der EU». Die erste Aussage stimmt: Dank Rechtssicherheit gälte immer das Recht der EU. Die zweite Aussage ist ein Witz. Ein Witz ist auch die Behauptung, «eine öffentliche Umfrage habe gezeigt, dass eine Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten das ausgehandelte Rahmenabkommen befürworte». Das glaubt selbst an der Hegibachstrasse 47 kein Mensch.

Strippenzieher bei den eidgenössischen Wahlen

Economiesuisse bietet für die kommenden Wahlen Kandidaten «Orientierungshilfen und Standortsbestimmungen» an, und zwar mit Hilfe einer Umfrage (www.elections.ch). Economiesuisse will damit helfen «die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts und somit den Wohlstand in der Schweiz zu steigern», und «will die Schweiz wieder an die Weltspitze» zurückbringen.

Im Fragebogen von economiesuisse ist die Mehrzahl der 34 Fragen methodisch korrekt, mit Ausnahme derjenigen, welche die EU betreffen. Die erste Frage zum Thema «Aussenwirtschaftspolitik» lautet: «Befürworten Sie ein institutionelles Abkommen mit der EU, um die bilateralen Beziehungen erhalten und weiterentwickeln zu können?» Dies ist eine Suggestivfrage und damit eine Zumutung. Wer so fragt, ist nicht an der Antwort interessiert, sondern er beabsichtigt, seine Meinung einer anderen Person aufzudrängen. Diejenigen Kandidaten, welche die Frage mit «JA» beantworten, dürfen immerhin auf die Unterstützung von economiesuisse im Wahlkampf rechnen, vielleicht auch finanziell.

Die richtige Frage hätte gelautet: «Befürworten Sie ein institutionelles Abkommen mit der EU»? Dass damit «die bilateralen Beziehungen erhalten und weiterentwickelt» werden, wird ja von den Gegnern des Institutionellen Abkommens bestritten. Und was sollte ein SP-Mitglied auf die Frage antworten, das für ein institutionelles Abkommen ist, aber nicht zum Erhalt der Bilateralen, sondern als ersten Schritt zu einem EU-Beitritt? «Ja» wäre richtig für den ersten Teil der Frage, «Nein» für den Nachsatz.

Leidenschaftliche Schützenhilfe für fortschrittliche Köpfe

Ganz allein steht *economiesuisse* im Kampf um das Rahmenabkommen nicht. Ihre Position wird unterstützt von der Operation Libero. Die meist jungen Liberas und Liberos kämpfen leidenschaftlich für eine Schweiz, die «ein Chancenland und kein Freilichtmuseum» sein will. Es sei jetzt «Schluss mit der Museums-Romantik». Das Rahmenabkommen sei «gut und richtig». Bisher seien Streitigkeiten mit der EU «politisch ausgetragen worden, also nach Massgabe von Macht statt von Recht.»

Und dann folgt die Lügengeschichte: «Zukünftig hätten wir ein Schiedsgericht, das über solche Streitigkeiten rechtlich verbindlich entscheidet.» «Rechtlich verbindlich» könnte das Schiedsgericht gerade nicht entscheiden. In Artikel 10 Abs. 3 des Abkommens bezüglich «Verfahren bei Streitigkeiten» steht: «Das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union ist für das Schiedsgericht verbindlich.»

Bei der Lüge zum Schiedsgericht finden sich die etwas müde gewordene *economiesuisse* und die jugendlich-dynamische Operation Libero vereint. Und vielleicht auch sonst.

Hans Geiger